

Fritz Breuss, Fritz Schebeck*)

Budgetkonsolidierung in kurz- und mittelfristiger Sicht

Im Jänner 1995 nahm das WIFO eine erste Bewertung der im Arbeitsübereinkommen zwischen den Regierungsparteien im November 1994 formulierten Maßnahmen zur Konsolidierung des Bundeshaushalts („Sparpaket“) bis 1998 vor (*Breuss — Guger — Lehner, 1995*). Inzwischen wurde der von der neuen Bundeshaushalt vorgelegte Bundesbudget für 1995 vom Parlament verabschiedet.

Im Vergleich zu den Ambitionen des „Sparpakets“ sind einige Abstriche und Änderungen zu vermerken. Zum einen wurden weniger ausgabenseitige Einsparungen vorgesehen, zum anderen auf der Einnahmenseite neue Quellen erschlossen. Diese Analyse vergleicht das „Sparpaket“ und die nun vorliegenden Konsolidierungsmaßnahmen des Budgets 1995 und untersucht das aus heutiger Sicht wahrscheinliche Einsparvolumen über die Legislaturperiode 1995/1998 auf seine gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen. Eine detaillierte Analyse der Struktur und Inhalte des Bundeshaushalts 1995 bietet *Lehner (1995)*. Für die Periode 1996 bis 1998 liegen noch keine Budgetpläne vor. Die vorliegenden Berechnungen gehen von den Absichten des ursprünglichen „Sparpakets“ aus und extrapolieren die wahrscheinliche weitere Einsparentwicklung aufgrund des erreichten Niveaus im Rahmen des Bundeshaushalts 1995.

Die ausgabenseitigen Einsparungen werden gegenüber dem „Sparpaket“ vom Jänner 1995 halbiert und zusätzliche Einnahmen erschlossen. Insgesamt dürfte das Konsolidierungsvolumen in der Periode 1995/1998 127,5 Mrd. S ausmachen und zu etwa gleichen Teilen auf Ausgabenkürzungen und Einnahmenerhöhungen entfallen.

Als EU-Mitglied ist Österreich nicht mehr völlig autonom in der Gestaltung der Fiskalpolitik. Mit Inkrafttreten des Vertrags über die Europäische Union (Maastricht-Vertrag) am 1. November 1993 und der zweiten Stufe der Wirtschafts-

Die beabsichtigten Maßnahmen zur mittelfristigen Budgetkonsolidierung (unter Berücksichtigung des Bundesvoranschlags 1995) haben gemäß den WIFO-Modellsimulationen folgende gesamtwirtschaftliche Auswirkungen: Sie dämpfen das BIP bis 1998 real um 0,4% und schmälern die Nachfrage nach Arbeitskräften um 13.000. Das Preisniveau des privaten Konsums fällt um ¼% höher aus. Die Leistungsbilanz wird um 17 Mrd. S (0,5% des BIP) entlastet. Der Finanzierungssaldo des Gesamtstaates (Net Lending) verbessert sich um 1% des BIP und unterschreitet 1998 mit 2,6% das Maastricht-Konvergenzziel von 3%. Die Staatsschuldenquote geht auf 64% des BIP zurück.

und Währungsunion (WWU) am 1. Jänner 1994 verfügt die Europäische Union (EU) über neue Instrumente zur verstärkten Koordination der Wirtschaftspolitik, insbesondere der Fiskalpolitik. Gestützt auf Art 103 Abs 2 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Union (EUV) erstellt der Rat „mit qualifizierter Mehrheit auf Empfehlung der Kommission einen Entwurf für die Grundzüge der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft und erstattet dem Europäischen Rat hierüber Bericht“. Die Koordination der Wirtschaftspolitik und eine dauerhafte Konvergenz der Wirtschaftsleistungen der Mitgliedstaaten „überwacht der Rat anhand

von Berichten der Kommission. Zum Zwecke dieser multilateralen Überwachung übermitteln die Mitgliedstaaten der Kommission Angaben zu wichtigen einzelstaatlichen Maßnahmen auf dem Gebiet ihrer Wirtschaftspolitik sowie weitere von ihnen für erforderlich erachtete Angaben“ (Art 103 Abs 3). Zweck der Koordination ist, das Funktionieren der WWU in Zukunft zu gewährleisten. Voraussetzung für die Teilnahme an der dritten Stufe der WWU sind die in Art. 109j vorgeschriebenen Konvergenzkriterien.

Die bisherigen EU-Mitglieder haben ihre Konvergenzprogramme bereits bekanntgegeben (siehe den ersten Konvergenzbericht der EU in *EG, 1993*, und Spezialstudien über eine größere Fiskaldisziplin in den Mitgliedstaaten in *EG, 1994*). Für Österreich liefert das vorliegende Konsolidierungsbudget verbunden mit den im „Sparpaket“ formulierten Einsparungsabsichten bis 1998 eine brauchbare Grundlage zur Erreichung der Konvergenzziele der WWU.

Vom „Sparpaket“ zur mittelfristigen Budgetkonsolidierung

Gegenüber dem „Sparpaket“ (in der Einschätzung des WIFO vom Jänner 1995; *Breuss — Guger — Lehner, 1995*)

*) Die Aufbereitung der statistischen Daten betreuten Martha Steiner und Roswitha Übl.

**Maßnahmen zur Konsolidierung
des Bundeshaushalts**

Übersicht 1

	Geschätzte kumulierte Einsparungen in der Periode 1995/1998		Bundesvor- anschlag
	Stand Jänner 1995	Stand April 1995	1995
	Mrd. S.		
Ausgaben			
Personalaufwand			
(Einsparungen an Gehältern im öffentlichen Dienst und an Beamtenpensionen)	- 39,0	- 23,0	- 2,5
Transferzahlungen an private Haushalte (Einschränkungen der Familienbeihilfe, des Pfl- gegelds und der Arbeitslosenversicherung einschließlich Karenzurlaubsgeld)	- 42,0	- 16,0	- 3,6
Transferzahlungen an Unternehmen (Kürzung der Förderausgaben)	- 4,0	- 4,0	- 1,0
Pensionsversicherung			
(Anhebung des Pensionsalters Einschränkung von Leistungen)	- 23,0	- 3,0	± 0,0
Öffentlicher Konsum und öffentliche Investitionen			
(Einsparungen an Verwaltungs- und Betriebs- ausgaben)	- 12,0	- 12,0	- 3,0
Summe	-120,0	- 58,0	-10,1
Einnahmen			
Pensionsbeiträge der Beamten	-	+ 4,5	+ 1,0
Mineralölsteuer	(+ 26,0)	+ 26,0	+ 4,7
Senkung des Investitionsfreibetrags ¹⁾	-	+ 16,0	+ 4,0
Summe	(+26,0)	+ 46,5	+ 9,7
Saldo (Einnahmen minus Ausgaben)	(-146,0)	-104,5	-19,8
Privatisierungserlöse	(+ 23,0)	+ 23,0	+ 13,0
Saldo (Einnahmen minus Ausgaben)	(-169,0)	-127,5	-32,8

Zahlen in Klammer ... diese Positionen waren im Jänner 1995 noch nicht fester Bestandteil des Konsolidierungspakets. In der Modellsimulation (Breuss - Guger - Lehner, 1995, S. 26) wurden damals die ausgabenseitigen Einsparungen von kumuliert 120 Mrd. S berücksichtigt. — ¹⁾ Die Effekte stammen zu zwei Dritteln aus höheren Körperschaftsteuererinnahmen und zu einem Drittel aus höheren Einkommensteuererinnahmen. Die Senkung des Investitionsfreibetrags dient zur Finanzierung eines Teiles der EU-Beitrittskosten, die ursprünglich von den Gemeinden getragen werden sollten. Diese Mehreinnahmen reduzieren den Budgetsaldo des Bundes nicht.

zeichnet sich — ausgehend vom verabschiedeten Bundesbudget 1995 — bis 1998 folgendes mögliche Einsparungsvolumen ab (Übersicht 1):

1 Die Struktur der Maßnahmen hat sich gegenüber den Sparplänen vom Jänner 1995 deutlich geändert. Zum einen ist dies eine Folge der Intervention der verschiedensten Interessengruppen, zum anderen lag es an den ambitionierten Ansprüchen.

Die Einsparungen im Bereich des Personalaufwands im öffentlichen Dienst dürften mittelfristig geringer ausfallen, da viele Vorhaben gegen den Widerstand der Gewerkschaften nicht durchsetzbar waren.

Besonders deutlich sind die Zugeständnisse in bezug auf die Transferzahlungen an private Haushalte; die Einsparungspläne wurden um mehr als die Hälfte zurückgenommen. Einerseits wurde dadurch das Sparziel verringert, andererseits konnten die möglichen negativen Verteilungswirkungen entschärft werden.

Die geplanten Einsparungen im Bereich der Pensionsversicherung (Abschläge bei vorzeitigem Pensionsantritt) mußten vertagt werden.

Die übrigen Ziele (Kürzung der Förderungsausgaben, Einsparungen im öffentlichen Konsum und den öffentli-

Kosten der EU-Mitgliedschaft im Jahr 1995

Die Kosten anlässlich der EU-Mitgliedschaft machen für den Bund im Jahr 1995 netto 27,5 Mrd. S aus (Lehner, 1995, Übersicht 4). Sie setzen sich zusammen aus Bruttobeiträgen an die EU, Kompensationszahlungen an die Landwirtschaft, Ausfällen an Mehrwertsteuereinnahmen (Entfall der Einfuhrumsatzsteuer für zwei Monate durch Teilnahme am Binnenmarkt). Dem stehen Rückflüsse aus der EU gegenüber. Für den Gesamtstaat betragen die Kosten der EU-Mitgliedschaft netto rund 43 Mrd. S. Zusätzlich zu den Nettokosten für den Bund müssen die Länder und Gemeinden 15,6 Mrd. S aufbringen. Davon entfallen auf die Brutto-Beitragszahlungen an die EU 10 Mrd. S, auf Beteiligungen an Ausgleichszahlungen für die Lagerabwertung 1,0 Mrd. S, auf den degressiven Preisausgleich 0,65 Mrd. S und auf den Ausfall an Mehrwertsteueraufkommen in den ersten zwei Monaten 1995 durch die Teilnahme am Binnenmarkt 4 Mrd. S.

chen Investitionen) dürften hingegen verwirklicht werden.

Insgesamt wurde das ausgabenseitige Konsolidierungsvolumen gegenüber den Plänen vom Jänner um die Hälfte zurückgenommen (mittelfristig von 120 Mrd. S auf 58 Mrd. S).

2 Die nicht durchsetzbaren Ausgabeneinsparungen wurden zum Teil durch Einnahmenerhöhungen ersetzt: Anhebung der Pensionsbeiträge der Beamten um 1,5 Prozentpunkte, im Mai 1995 Erhöhung der Mineralölsteuer auf Benzin um 1,10 S, auf Dieselöl um 0,60 S und auf Heizöl um 0,30 S; gleichzeitig wird die Sonderabgabe auf Erdöl abgeschafft. An die Stelle der den Gemeinden zugesagten Verbreiterung der Bemessungsgrundlage der Kommunalabgabe um die betrieblichen Abschreibungen tritt eine Senkung des Investitionsfreibetrags (Normalsatz von 15% auf 9%, für Kfz von 10% auf 6%).

An Privatisierungserlösen werden 1995 13 Mrd. S und 1996 10 Mrd. S erwartet.

Aus den ausgabenseitigen und einnahmenseitigen Maßnahmen zusammen (einschließlich der Privatisierungserlöse) ergibt sich für die Periode 1995/1998 ein voraussichtliches Einsparvolumen von 127,5 Mrd. S. Im Jänner 1995 waren aus dem „Sparpaket“ 169 Mrd. S zu erwarten, wenn man zu den damals vorgesehenen Ausgabeneinsparungen die Mehreinnahmen aus der angekündigten Erhöhung der Mineralölsteuer und die Privatisierungserlöse im derzeit angenommenen Ausmaß hinzurechnet (Übersicht 1). Dominierte im „Sparpaket“ vom Jänner 1995 die ausgabenseitige Budgetsanierung, so beruht das gegenwärtige Konsolidierungspaket etwa zur Hälfte auf Ausgabenkürzungen und Einnahmensteigerungen.

Im Jahr 1995 wird der Bund seine Neuverschuldung gegenüber einem Szenario ohne Konsolidierungsmaßnahmen um rund 29 Mrd. S (33 Mrd. S abzüglich 4 Mrd. S aus der Senkung des Investitionsfreibetrags) verringern können und laut Voranschlag ein Nettodefizit von 102,2 Mrd. S oder 4,3% des BIP erreichen (Lehner, 1995). Damit gelingt es dem Bund, etwas mehr einzusparen, als er im Zusammenhang mit der EU-Mitgliedschaft im Jahr 1995 an direkten (Beitrag zum EU-Haushalt) und indirekten Kosten

(Kompensation für die Landwirtschaft anlässlich der Umstellung auf die Gemeinsame Agrarpolitik der EU) aufwenden muß (Kasten „Kosten der EU-Mitgliedschaft im Jahr 1995“). Dagegen finanzieren die Länder ihren Beitrag zu den EU-Zahlungen von 10 Mrd. S durch Neuverschuldung. Lediglich jenen Teil der Zahlungen an die EU, den die Gemeinden im Rahmen der Finanzausgleichsverhandlungen mitzutragen bereit gewesen wären (rund 4,8 Mrd. S), übernimmt nunmehr der Bund, da die dafür vorgesehene Verbreiterung der Basis der Kommunalabgabe durch die Kürzung des Investitionsfreibetrags ersetzt wurde. Der Finanzierungssaldo des Gesamtstaates (Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungsträger) beträgt laut jüngster WIFO-Prognose daher 112 Mrd. S oder 4,7% des BIP.

Kurz- und mittelfristige Effekte für die Gesamtwirtschaft

Als Basis für die Simulation der Effekte der Budgetkonsolidierung wird die mittelfristige Prognose des WIFO vom März 1995 herangezogen (Schebeck, 1995); sie berücksichtigt diese Wirkungen bereits.

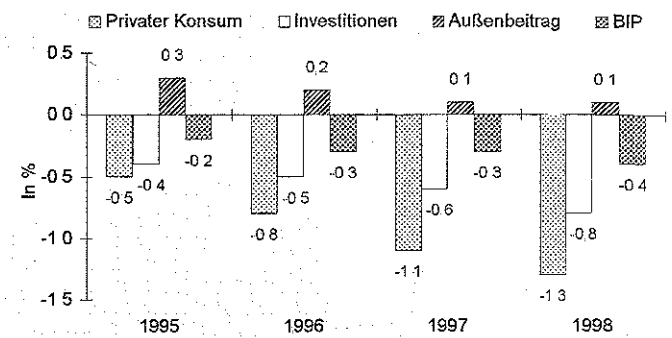
Die Konsolidierungsmaßnahmen im Bundesvoranschlag für 1995 und die vom WIFO geschätzten weiteren Einsparungen und Einnahmesteigerungen (Übersicht 1) entlasten den Bundeshaushalt und haben damit relevante Wirkungen für die Gesamtwirtschaft. Das WIFO-Makromodell errechnet anhand der Inputs der Konsolidierungsmaßnahmen des Bundes die Wirkungen auf den Haushalt des Gesamtstaates (Finanzierungssaldo bzw. Net Lending von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungsträgern laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung) und in der Folge auf die gesamtwirtschaftlichen Variablen Konsum, Investitionen, Arbeitsmarkt, Preise, Außenwirtschaft und Brutto-Inlandsprodukt. Das Modell enthält eine sehr differenzierte Darstellung des öffentlichen Sektors und ist daher gut geeignet, fiskalpolitische Maßnahmen auf ihre gesamtwirtschaftlichen Implikationen hin zu untersuchen.

Zieht man die in Übersicht 1 quantifizierten Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung (über vier Jahre) als Inputs für das WIFO-Makromodell heran, so resultieren daraus folgende gesamtwirtschaftliche Effekte (die Ergebnisse beziehen sich immer auf Abweichungen vom Basisszenario, das dem mittelfristigen Prognosepfad einschließlich Sparmaßnahmen entspricht; Übersicht 2):

Die gesamtwirtschaftlichen Wirkungen sind nun insgesamt schwächer als nach der Einschätzung im Jänner 1995. Wegen des geringeren Einsparvolumens ist auch der Nachfragerückgang milder. Allerdings bewirkt die Umschichtung von ausschließlich ausgabenseitigen Maßnahmen zu Einnahmenerhöhungen einen leicht inflationären Effekt.

— Die Konsolidierungsmaßnahmen haben eine (kurz- bis mittelfristige) Dämpfung der Entwicklung des realen Brutto-Inlandsproduktes zur Folge. Nach vier Jahren ist das Niveau des realen BIP laut mittelfristiger Prognose (Schebeck, 1995) um 0,4% niedriger als ohne Budgetsanierung (Abbildung 1). Die deutliche Rücknahme der

Auswirkungen der Budgetkonsolidierung auf das Wirtschaftswachstum *Abbildung 1*



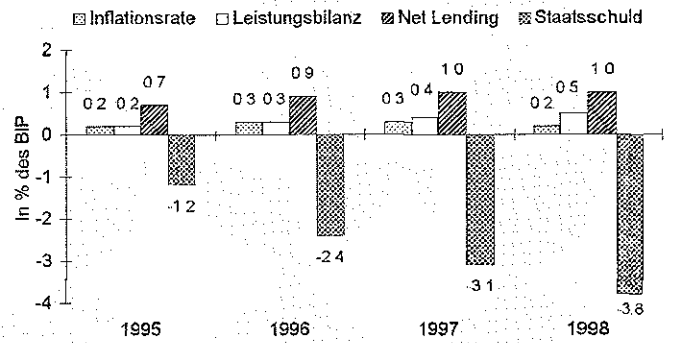
Sparziele im Bereich der Transferzahlungen an private Haushalte und die Aufschiebung der Neuregelung der Pensionsversicherung reduzieren die Einbußen an verfügbarem persönlichem Einkommen gegenüber dem „Sparpaket“ mittelfristig um 1 Prozentpunkt auf 1,6%. Dadurch sinkt der private Konsum mittelfristig real um 1,3%. Das Modell errechnet einen Rückgang der Sparquote um ½ Prozentpunkt. Die Brutto-Anlageinvestitionen (einschließlich der eingeschränkten öffentlichen Investitionen) werden weniger beeinträchtigt (—0,8%). Die Wettbewerbsfähigkeit im Export wird durch die Budgetkonsolidierung kaum tangiert. Die Entwicklung der Inlandsnachfrage dämpft die Importe und entlastet somit den Außenbeitrag.

- Die geplante Verringerung der Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst insgesamt wird sich nur allmählich verwirklichen lassen. Im Modell wird unterstellt, daß mit der Drosselung des Beschäftigungswachstums auch der Zuwachs der realen Wertschöpfung im öffentlichen Sektor abnimmt. Überdies wird angenommen, daß ein Teil der freigesetzten Arbeitskräfte im privaten Sektor unterkommt. Die Arbeitskräftenachfrage wird durch die Konsolidierungsmaßnahmen mittelfristig um 0,4% geschmälert, das entspricht rund 13 000 Personen. Der Anstieg der Arbeitslosenquote dürfte 0,2 Prozentpunkte betragen.
- Von den einnahmenseitigen Maßnahmen wirkt lediglich die Anhebung der Minerölsteuer preissteigernd. Das Ausmaß hängt von der Überwälzungsintensität und -geschwindigkeit ab. Hier wird angenommen, daß die Erhöhung zwar sofort, aber nicht im vollen Ausmaß auf die Konsumentenpreise überwältigt wird. Da die Mineralölsteuer erst im Mai 1995 angehoben wird, beträgt der Inflationsimpuls heuer nur 0,2 Prozentpunkte und — bei Konstanz von Steuersatz und -basis — 1996 kumuliert 0,3 Prozentpunkte.
- Wie erwartet entlasten die Konsolidierungsmaßnahmen die Leistungsbilanz. Mittelfristig können dadurch die Abflüsse aufgrund der Netto-Beitragszahlungen an die EU weitgehend kompensiert werden (Übersicht 2, Abbildung 2). Der Finanzierungssaldo des Gesamtstaates (Net Lending) verbessert sich unter diesen Annahmen 1995 relativ stark (0,7% des BIP) und in den Folgejahren jeweils zusätzlich um nur 0,1% des BIP. Dadurch sinkt die Staatsschuld bis 1998 um 3¼% des BIP. Hand in

Gesamtwirtschaftliche Wirkungen der Budgetkonsolidierung *Übersicht 2*
Ergebnisse der Modellsimulationen

	1995	1996	1997	1998
Abweichungen von der Basislösung in %				
Reale Nachfrage				
Privater Konsum	- 0,5	- 0,8	- 1,1	- 1,3
Öffentlicher Konsum	- 0,6	- 0,7	- 0,7	- 0,7
Brutto-Anlageinvestitionen	- 0,4	- 0,5	- 0,6	- 0,8
Exporte i. w. S.	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,0
Importe i. w. S.	- 0,7	- 0,9	- 1,1	- 1,3
Außenbeitrag	Prozentpunkte + 0,3	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1
Brutto-Inlandsprodukt	- 0,2	- 0,3	- 0,3	- 0,4
Preise, Einkommen und Leistungsbilanz				
Deflator des BIP	± 0,0	± 0,0	- 0,1	- 0,2
Deflator des privaten Konsums	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,2
Verfügbares persönliches Einkommen	- 0,8	- 1,1	- 1,3	- 1,6
Lohnquote	Prozentpunkte + 0,2	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2
Leistungsbilanz	Mrd. S. + 5,8	+ 8,7	+ 11,2	+ 13,5
	In % des BIP + 0,2	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,5
Arbeitsmarkt				
Unselbständig Beschäftigte	- 0,1	- 0,2	- 0,3	- 0,4
	In 1 000 - 3,1	- 6,9	- 9,8	- 12,7
Arbeitslöse	In 1 000 + 3,1	+ 5,2	+ 6,4	+ 7,9
Arbeitslosenquote	Prozentpunkte + 0,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2
Staatshaushalt				
Laufende Einnahmen	Mrd. S. + 6,4	+ 6,4	+ 4,0	+ 1,6
Zinsen für die Staatsschuld	Mrd. S. - 1,1	- 3,3	- 5,4	- 7,3
Laufende Ausgaben	Mrd. S. - 10,4	- 16,3	- 20,9	- 25,2
Finanzierungssaldo (Net Lending)	Mrd. S.			
	(Gesamtstaat) + 17,8	+ 23,7	+ 25,9	+ 27,8
	In % des BIP + 0,7	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,0
Staatsschuld	Mrd. S. - 30,8	- 64,5	- 90,5	- 118,2
	In % des BIP - 1,2	- 2,4	- 3,1	- 3,8

Auswirkungen der Budgetkonsolidierung *Abbildung 2*
 auf Inflation, Leistungsbilanz und Staatshaushalt



re wurde unterstellt, daß die im Budget 1995 gesetzten Akzente tendenziell weiterverfolgt werden. Bei vorgegebenem Konvergenzziel besteht durchaus ein Gestaltungs-

Künftige Herausforderungen für die Fiskalpolitik

spielraum für die Gewichtung der Instrumente und Maßnahmen zur Erreichung des mittelfristigen Sparziels. Basierend auf einer umfassenden Analyse des Staatshaushalts und seiner Entwicklung sollte das Programm für die künftige Budgetkonsolidierung hinsichtlich einer optimalen Zielkombination konzipiert werden.

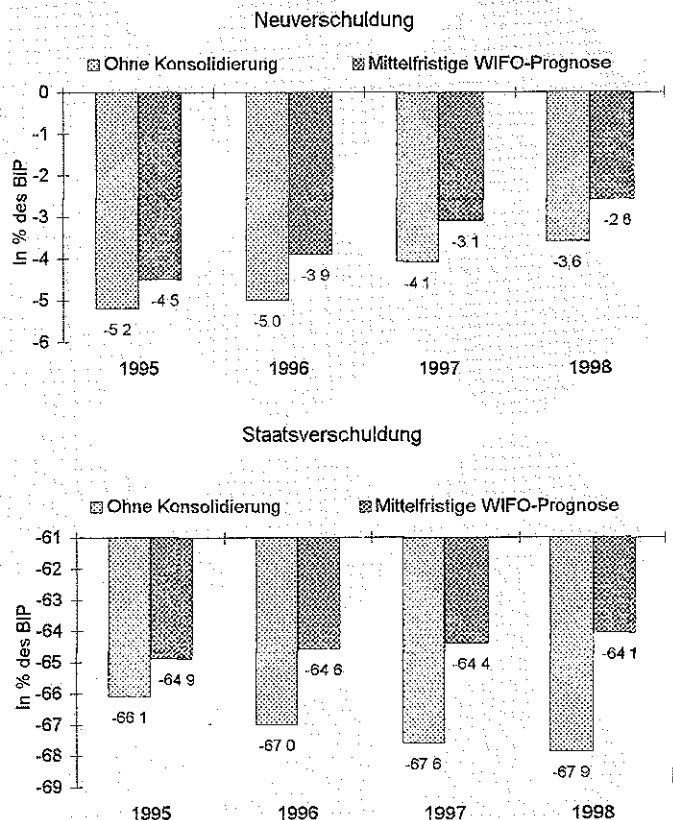
Hand damit verringert sich der Zinsaufwand für die Staatsschuld.

Erreichung der Konvergenzkriterien ist wahrscheinlich

Sowohl aus nationaler Sicht als auch aufgrund der durch die EU-Mitgliedschaft eingegangenen Verpflichtung zur Erreichung des Konvergenzzieles für die Wirtschafts- und Währungsunion sind Maßnahmen zur Konsolidierung des Staatshaushaltes notwendig. Die Stabilisierung der fiskalpolitischen Rahmenbedingungen stützt die Hartwährungsposition und ermöglicht — wie die Simulationen zeigen (Abbildung 3) — wahrscheinlich die Erfüllung der fiskalpolitischen Konvergenzkriterien. Nach der mittelfristigen WIFO-Prognose beträgt die Neuverschuldung des Gesamtstaates 1998 2,6% des BIP und liegt damit unter 3%, dem Ziel des Vertrags von Maastricht. Das Konvergenzziel für die Staatsschuldenquote (60% des BIP) wird am Ende der Legislaturperiode voraussichtlich leicht verfehlt (64% des BIP). Allerdings dürfte damit Österreich den Kriterien genügen, da nach Interpretation von Mitgliedern der Europäischen Kommission schon eine glaubwürdige Rückbildung der Schuldenquote ausreicht; die Schuldenquote geht ab 1995 kontinuierlich zurück (Abbildung 3).

Die hier vorgelegten Berechnungen basieren auf dem Bundesvoranschlag für 1995. Er ist ein erster Schritt in Richtung mittelfristiger Budgetsanierung. Für die Folgejah-

Fiskalpolitische Konvergenzkriterien des Maastrichter Vertrages *Abbildung 3*



Literaturhinweise*

Breuss F Guger A Lehner G 'Das Konsolidierungsvorhaben der Bundesregierung — gesamtwirtschaftliche Wirkungen' WIFO-Monatsberichte 1995 68(1) S 24-30

EG. 'Grundzüge der Wirtschaftspolitik und Konvergenzbericht' Europäische Wirtschaft 1993 (55)

EG. 'Towards Greater Fiscal Discipline' European Economy 1994 (3)

Lehner, G. 'Steuerreform und EU-Beitritt prägen den Bundeshaushalt 1994 und 1995' in diesem Heft

Schebeck F. 'Exporte stützen Wachstum — Budgetkonsolidierung schwächt Inlandsnachfrage' Prognose der österreichischen Wirtschaft bis 1999 WIFO-Monatsberichte 1995 68(3) S 159-164

The Fiscal Consolidation Program from a Short-term and Medium-term Perspective

Summary

In January 1995 the Austrian Institute of Economic Research carried out a preliminary assessment of the consolidation measures as provided in the Working Agreement between the two coalition parties („austerity package“). In the meantime several items contained in this package have been changed, and the Parliament has passed the federal budget for 1995. The new evaluation is based on the federal budget 1995 as well as on the likely development of expenditure cuts up to 1998 according to the intentions of the government expressed so far. According to the present program expenditure cuts are only half as large as envisaged in the austerity package; furthermore an increase in revenues is proposed in the budget. These changes move the budget further away from the consolidation target, but at the same time ameliorate possible negative distributive effects. The consolidation measures are estimated to relieve the federal budget by a cumulated Sch 127.5 billion over the period 1995-1998, with half of the savings coming from expenditure cuts, the other half from an increase in revenues.

Compared to a scenario without fiscal restraint, new indebtedness of the central government will be reduced by Sch 29 billion in 1995. These savings more than offset the direct

and indirect cost of accession to the EU (contribution to the EU and compensation for farmers).

According to the simulations of the macroeconomic model, the consolidation measures lower the level of real GDP by 0.4 percentage points and reduce the number of jobs by 13,000 in the year 1998. The increase in the mineral oil tax will raise consumer prices by $\frac{1}{4}$ percent. The balance in the current account will be relieved by Sch 17 billion (0.5 percent of GDP) in 1998. Net lending of general government will improve by 1 percent of GDP and in 1998 will total 2.6 percent of GDP, dropping below the Maastricht convergence goal of 3 percent. The public debt ratio is expected to steadily decline to 64 percent.

The austerity program pursues two goals: to strengthen the hard-currency policy by fiscal restraint and to meet the convergence criteria for participation in a future European Monetary Union. The budget proposal for 1995 is a first step in the direction of a medium-term consolidation of the budget. Over the following years there will be some maneuvering room left in the choice of specific instruments for attaining this goal.